

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2024/203482]

14. DEZEMBER 2023 — Erlass der Regierung zur Abänderung verschiedener Bestimmungen betreffend das Personal des Ministeriums und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 87 § 1, abgeändert durch das Sondergesetz vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 54 Absatz 1, ersetzt durch das Gesetz vom 18. Juli 1990;

Aufgrund des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Artikel 102 § 1 Absatz 1;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Organisation der Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 5. Juni 2003 über bestimmte Grundsätze der Arbeitszeitregelung für die Beamten und Vertragsbediensteten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund der begründeten Stellungnahme des Direktionsrates des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 27. November 2023;

Aufgrund des Protokolls Nr. S13/2023 des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 5. Dezember 2023;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 7. Dezember 2023;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass im Zuge der zum 1. Januar 2024 greifenden Dienstrechtsreform und Umwandlung der Einrichtungen öffentlichen Interesses "Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft" und "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" in Dienste mit getrennter Geschäftsführung auch die Erteilung von Vollmachten an bestimmte Bedienstete der Verwaltung anzupassen sind; dass in diesem Zusammenhang insbesondere den als Mitglieder des Direktionsrates tagenden Verwaltungsdirektoren und Direktoren weitergehende Vollmachten im Personalbereich zu erteilen sind, um eine effiziente Leitung der ihnen zugeordneten Bereiche zu gewährleisten; dass diese Vollmachten im Sinne der Rechtssicherheit für die betroffenen Personalmitglieder und der Kontinuität des öffentlichen Dienstes ebenfalls bereits zum 1. Januar 2024 greifen müssen, sodass die Verabschiedung des vorliegenden Erlasses keinen Aufschub mehr duldet;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, zuständig für das Personal;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - In Artikel 28 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird die Wortfolge "Generalsekretär oder seinen Stellvertreter" durch die Wortfolge "Generalsekretär, seinen Stellvertreter oder ein Mitglied des Direktionsrates" ersetzt.

Art. 2 - In Artikel 29 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird die Wortfolge "Generalsekretär oder seinem Stellvertreter" durch die Wortfolge "Generalsekretär, seinem Stellvertreter oder einem Mitglied des Direktionsrates" ersetzt.

Art. 3 - Artikel 39 § 2 Absatz 2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, wird aufgehoben.

Art. 4 - Artikel 41 § 1 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "seines zuständigen Stellvertreters" durch die Wortfolge "seines Stellvertreters oder eines vorgesetzten Mitglieds" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "deren unmittelbar Vorgesetzter der Generalsekretär oder sein Stellvertreter ist" durch die Wortfolge "deren unmittelbar Vorgesetzter der Generalsekretär, sein Stellvertreter oder ein Mitglied des Direktionsrates ist" ersetzt und die Wortfolge "nimmt der Generalsekretär oder sein Stellvertreter" durch die Wortfolge "nimmt der Generalsekretär, sein Stellvertreter oder das vorgesetzte Mitglied des Direktionsrates" ersetzt.

Art. 5 - Artikel 120 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "Generalsekretär oder dessen Stellvertreter" durch die Wortfolge "Generalsekretär, seinem Stellvertreter oder einem Mitglied des Direktionsrates" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "Generalsekretär oder sein Stellvertreter" durch die Wortfolge "Generalsekretär, sein Stellvertreter oder das Mitglied des Direktionsrates" ersetzt.

Art. 6 - In Artikel 126 Absatz 2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird die Wortfolge "Generalsekretärs oder seines Stellvertreters" durch die Wortfolge "Generalsekretärs, seines Stellvertreters oder eines Mitglieds des Direktionsrates" ersetzt.

Art. 7 - In Artikel 158 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird die Wortfolge "Generalsekretär oder seinem Stellvertreter" durch die Wortfolge "Generalsekretär, seinem Stellvertreter oder einem Mitglied des Direktionsrates" ersetzt.

Art. 8 - Artikel 168 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "Generalsekretär oder seinem Stellvertreter" durch die Wortfolge "Generalsekretär, seinem Stellvertreter oder einem Mitglied des Direktionsrates" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "Generalsekretär oder dessen Stellvertreter" durch die Wortfolge "Generalsekretär, seinen Stellvertreter oder das Mitglied des Direktionsrates" ersetzt.

Art. 9 - Artikel 169 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 17. Januar 2013 und 23. Mai 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 3 wird die Wortfolge "Generalsekretär oder dessen Stellvertreter" durch die Wortfolge "Generalsekretär, seinem Stellvertreter oder einem Mitglied des Direktionsrates" ersetzt.

2. In § 5 wird die Wortfolge "Generalsekretär oder sein Stellvertreter" durch die Wortfolge "Generalsekretär, sein Stellvertreter oder das Mitglied des Direktionsrates" ersetzt.

Art. 10 - In Artikel 171 Absatz 1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird die Wortfolge "Generalsekretär oder dessen Stellvertreter" durch die Wortfolge "Generalsekretär, sein Stellvertreter oder das Mitglied des Direktionsrates" ersetzt.

Art. 11 - Artikel 191.2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 7. September 2023 wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 2 wird die Wortfolge "Generalsekretär oder seinem Stellvertreter" durch die Wortfolge "Generalsekretär, seinem Stellvertreter oder einem Mitglied des Direktionsrates" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "Generalsekretär oder sein Stellvertreter" durch die Wortfolge "Generalsekretär, sein Stellvertreter oder das Mitglied des Direktionsrates" ersetzt.

Art. 12 - In Artikel 191.5 § 4 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird die Wortfolge "Generalsekretär oder seinem Stellvertreter" durch die Wortfolge "Generalsekretär, seinem Stellvertreter oder einem Mitglied des Direktionsrates" ersetzt und die Wortfolge "Generalsekretär oder seinen Stellvertreter" durch die Wortfolge "Generalsekretär, seinen Stellvertreter oder das Mitglied des Direktionsrates" ersetzt.

Art. 13 - In Artikel 24.1 des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Organisation der Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 7. September 2023, wird zwischen die Wortfolgen "Personalmitglieder der VoG Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung" und ", die sich am" die Wortfolge "und der VoG KiTaBe Marienkäfer" eingefügt und zwischen die Wortfolgen "bei der VoG Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung" und "oder als" die Wortfolge "oder der VoG KiTaBe Marienkäfer" eingefügt.

Art. 14 - In Artikel 24.2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 7. September 2023, wird zwischen die Wortfolgen "Arbeitnehmer der VoG Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung" und ", der am" die Wortfolge "oder der VoG KiTaBe Marienkäfer" eingefügt.

Art. 15 - Der Erlass der Regierung vom 5. Juni 2003 über bestimmte Grundsätze der Arbeitszeitregelung für die Beamten und Vertragsbediensteten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird aufgehoben.

Art. 16 - Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Art. 17 - Der für das Personal zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 14. Dezember 2023

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2024/203482]

14 DECEMBRE 2023. — Arrêté du Gouvernement modifiant différentes dispositions concernant le personnel du Ministère et de certains organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 87, § 1^{er}, modifié par la loi spéciale du 16 juillet 1993;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 54, alinéa 1^{er}, remplacé par la loi du 18 juillet 1990;

Vu le décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, l'article 102, § 1^{er}, alinéa 1^{er};

Vu l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire de leurs agents;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 5 juin 2003 fixant certains principes du régime de travail pour les fonctionnaires et les agents contractuels du Ministère de la Communauté germanophone;

Vu l'avis motivé rendu le 27 novembre 2023 par le conseil de direction du Ministère de la Communauté germanophone;

Vu le protocole n° S13/2023 du comité de secteur XIX pour la Communauté germanophone du 5 décembre 2023;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 7 décembre 2023;

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, l'article 3, § 1^{er};

Vu l'urgence;

Considérant que l'urgence est motivée par le fait que dans le cadre de la réforme des statuts prenant effet au 1^{er} janvier 2024 et de la transformation des organismes d'intérêt public « Office de l'emploi de la Communauté germanophone » et « Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée » en services à gestion séparée, il convient également d'adapter l'octroi de délégations à certains agents de l'administration; que, dans ce contexte, il y a lieu notamment d'octroyer des délégations plus étendues en matière de personnel aux directeurs d'administration et directeurs siégeant en tant que membres du conseil de direction, afin de garantir une direction efficace des domaines dont ils sont responsables; que ces délégations doivent également déjà prendre effet au 1^{er} janvier 2024 à des fins de sécurité juridique pour les membres du personnel concernés et de continuité du service public, de sorte que l'adoption du présent arrêté ne souffre aucun délai;

Sur la proposition du Ministre-Président, compétent en matière de Personnel;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. Dans l'article 28 de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, les mots « et au secrétaire général ou secrétaire général suppléant » sont remplacés par les mots « et au secrétaire général, à son suppléant ou à un membre du conseil de direction ».

Art. 2. Dans l'article 29 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, les mots « au secrétaire général ou secrétaire général suppléant » sont remplacés par les mots « au secrétaire général, à son suppléant ou à un membre du conseil de direction ».

Art. 3. Dans l'article 39, § 2, du même arrêté, l'alinéa 2, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 19 janvier 2017, est abrogé.

Art. 4. Dans l'article 41, § 1^{er}, du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « par le secrétaire général suppléant compétent » sont remplacés par les mots « par son suppléant ou un membre du conseil de direction en tant que supérieur »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « Pour les autres agents dont le supérieur hiérarchique immédiat est le secrétaire général ou un secrétaire général suppléant, le secrétaire général ou secrétaire général suppléant procède » sont remplacés par les mots « Pour les autres agents dont le supérieur hiérarchique immédiat est le secrétaire général, son suppléant ou un membre du conseil de direction, le secrétaire général, son suppléant ou le membre du conseil de direction en tant que supérieur procède ».

Art. 5. A l'article 120 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « auprès du secrétaire général ou secrétaire général suppléant » sont remplacés par les mots « auprès du secrétaire général, de son suppléant ou d'un membre du conseil de direction »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « Si le secrétaire général ou secrétaire général suppléant » sont remplacés par les mots « Si le secrétaire général, son suppléant ou le membre du conseil de direction ».

Art. 6. Dans l'article 126, alinéa 2, du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, les mots « du secrétaire général ou secrétaire général suppléant » sont remplacés par les mots « du secrétaire général, de son suppléant ou d'un membre du conseil de direction ».

Art. 7. Dans l'article 158 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, les mots « C'est le secrétaire général, le secrétaire général suppléant » sont remplacés par les mots « C'est le secrétaire général, son suppléant ou un membre du conseil de direction ».

Art. 8. A l'article 168 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003 et remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « par le secrétaire général ou secrétaire général suppléant » sont remplacés par les mots « par le secrétaire général, son suppléant ou un membre du conseil de direction »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « auprès du secrétaire général ou secrétaire général suppléant » sont remplacés par les mots « auprès du secrétaire général, de son suppléant ou du membre du conseil de direction ».

Art. 9. A l'article 169 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003 et modifié par les arrêtés du Gouvernement des 17 janvier 2013 et 23 mai 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 3, les mots « le secrétaire général ou secrétaire général suppléant » sont remplacés par les mots « le secrétaire général, son suppléant ou un membre du conseil de direction »;

2° dans le § 5, les mots « le secrétaire général ou secrétaire général suppléant » sont remplacés par les mots « le secrétaire général, son suppléant ou le membre du conseil de direction ».

Art. 10. Dans l'article 171, alinéa 1^{er}, du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, les mots « le secrétaire général ou secrétaire général suppléant » sont remplacés par les mots « le secrétaire général, son suppléant ou le membre du conseil de direction ».

Art. 11. A l'article 191.2 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 15 septembre 2022 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 7 septembre 2023, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, 2°, les mots « du secrétaire général ou de son suppléant » sont remplacés par les mots « du secrétaire général, de son suppléant ou d'un membre du conseil de direction »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « le secrétaire général ou son suppléant » sont remplacés par les mots « le secrétaire général, son suppléant ou le membre du conseil de direction ».

Art. 12. Dans l'article 191.5, § 4, du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 15 septembre 2022, les mots « signée par le secrétaire général ou son suppléant, il faut entendre par supérieur hiérarchique immédiat, tel que mentionné aux §§ 2 et 3, le secrétaire général ou son suppléant » sont remplacés par les mots « signée par le secrétaire général, son suppléant ou un membre du conseil de direction, il faut entendre par supérieur hiérarchique immédiat, tel que mentionné aux §§ 2 et 3, le secrétaire général, son suppléant ou le membre du conseil de direction ».

Art. 13. Dans l'article 24.1 de l'arrêté du Gouvernement du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire de leurs agents, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 7 septembre 2023, les mots « tous les collaborateurs de l'ASBL Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung qui se trouvent au 31 décembre 2023 dans une relation de travail avec celle-ci ainsi que tous les accueillants » sont remplacés par les mots « pour tous les collaborateurs de l'ASBL Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung et de l'ASBL KiTaBe Marienkäfer qui se trouvent au 31 décembre 2023 dans une relation de travail avec celles-ci ainsi que pour tous les accueillants », et les mots « au sein de l'ASBL Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung ou en tant qu'accueillant conventionnés agréés » sont remplacés par les mots « au sein de l'ASBL Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung ou de l'ASBL KiTaBe Marienkäfer ou en tant qu'accueillant conventionné agréé ».

Art. 14. Dans l'article 24.2 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 7 septembre 2023, les mots « ou de l'ASBL KiTaBe Marienkäfer » sont insérés entre les mots « L'employé de l'ASBL Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung » et les mots « qui, au 31 décembre 2023, ».

Art. 15. L'arrêté du Gouvernement du 5 juin 2003 fixant certains principes du régime de travail pour les fonctionnaires et les agents contractuels du Ministère de la Communauté germanophone est abrogé.

Art. 16. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2024.

Art. 17. Le Ministre compétent en matière de Personnel est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 14 décembre 2023

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,
Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2024/203482]

14 DECEMBER 2023. — Besluit van de Regering tot wijziging van verschillende bepalingen betreffende het personeel van het Ministerie en van bepaalde organismen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 87, § 1, gewijzigd bij de bijzondere wet van 16 juli 1993;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 54, eerste lid, vervangen bij de wet van 18 juli 1990;

Gelet op het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap, artikel 102, § 1, eerste lid;

Gelet op het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren;

Gelet op het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan;

Gelet op het besluit van de Regering van 5 juni 2003 houdende bepaalde principes van de arbeidstijdsregeling voor de ambtenaren en de contractuelen van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het met redenen omklede advies van de directieraad van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, gegeven op 27 november 2023;

Gelet op protocol nr. S13/2023 van sectorcomité XIX van de Duitstalige Gemeenschap van 5 december 2023;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 7 december 2023;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, artikel 3, § 1;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid wordt gemotiveerd door het feit dat de organismen van openbaar nut Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap en Dienst voor zelfbeschikkend leven van de Duitstalige Gemeenschap met ingang van 1 januari 2024 worden omgevormd tot diensten met afzonderlijk beheer en hun statuut met ingang van die datum wordt hervormd, waardoor ook de toekenning van volmachten aan bepaalde personeelsleden moet worden aangepast; dat in dat verband ruimere volmachten op het gebied van personeel moeten worden toegekend, in het bijzonder aan de bestuursdirecteurs en directeurs die lid zijn van de directieraad, om een efficiënte leiding van hun bevoegdheidsdomeinen te waarborgen; dat die volmachten, met het oog op de rechtszekerheid voor de betrokken personeelsleden en de continuïteit van de openbare dienst, ook al op 1 januari 2024 moeten ingaan; dat dit besluit derhalve zo snel mogelijk moet worden aangenomen;

Op de voordracht van de Minister-President, bevoegd voor Personeel;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. In artikel 28 van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de woorden "de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal" vervangen door de woorden "de secretaris-generaal, diens plaatsvervanger of een lid van de directieraad".

Art. 2. In artikel 29 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de woorden "aan de secretaris-generaal of aan diens plaatsvervanger" vervangen door de woorden "aan de secretaris-generaal, diens plaatsvervanger of een lid van de directieraad".

Art. 3. Artikel 39, § 2, tweede lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, wordt opgeheven.

Art. 4. In artikel 41, § 1, van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "zijn bevoegde plaatsvervanger" vervangen door de woorden "diens plaatsvervanger of een lid van de directieraad dat ook hiërarchische meerdere is";

2° in het tweede lid worden de woorden "die rechtstreeks onder de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal ressorteren" vervangen door de woorden "die rechtstreeks onder de secretaris-generaal, diens plaatsvervanger of een lid van de directieraad ressorteren" en worden de woorden "verricht de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal" vervangen door de woorden "verricht de secretaris-generaal, diens plaatsvervanger of het lid van de directieraad dat ook hiërarchische meerdere is".

Art. 5. In artikel 120 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal" vervangen door de woorden "de secretaris-generaal, diens plaatsvervanger of een lid van de directieraad";

2° in het tweede lid worden de woorden "de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal" vervangen door de woorden "de secretaris-generaal, diens plaatsvervanger of het lid van de directieraad".

Art. 6. In artikel 126, tweede lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de woorden "de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal" vervangen door de woorden "de secretaris-generaal, diens plaatsvervanger of een lid van de directieraad".

Art. 7. In artikel 158 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de woorden "de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal" vervangen door de woorden "de secretaris-generaal, diens plaatsvervanger of een lid van de directieraad".

Art. 8. In artikel 168 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en vervangen bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal" vervangen door de woorden "de secretaris-generaal, diens plaatsvervanger of een lid van de directieraad";

2° in het tweede lid worden de woorden "de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal" vervangen door de woorden "de secretaris-generaal, diens plaatsvervanger of het lid van de directieraad".

Art. 9. In artikel 169 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 17 januari 2013 en 23 mei 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 3 worden de woorden "de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal" vervangen door de woorden "de secretaris-generaal, diens plaatsvervanger of een lid van de directieraad";

2° in paragraaf 5 worden de woorden "de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal" vervangen door de woorden "de secretaris-generaal, diens plaatsvervanger of het lid van de directieraad".

Art. 10. In artikel 171, eerste lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de woorden "de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal" vervangen door de woorden "de secretaris-generaal, diens plaatsvervanger of het lid van de directieraad".

Art. 11. In artikel 191.2 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 7 september 2023, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, 2°, worden de woorden "de secretaris-generaal of diens plaatsvervanger" vervangen door de woorden "de secretaris-generaal, diens plaatsvervanger of een lid van de directieraad";

2° in het tweede lid worden de woorden "de secretaris-generaal of diens plaatsvervanger" vervangen door de woorden "de secretaris-generaal, diens plaatsvervanger of het lid van de directieraad".

Art. 12. In artikel 191.5, § 4, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de woorden "door de secretaris-generaal of diens plaatsvervanger" vervangen door de woorden "door de secretaris-generaal, diens plaatsvervanger of een lid van de directieraad" en worden de woorden "de secretaris-generaal of diens plaatsvervanger verstaan" vervangen door de woorden "de secretaris-generaal, diens plaatsvervanger of het lid van de directieraad verstaan".

Art. 13. In artikel 24.1 van het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 7 september 2023, worden de woorden "arbeidsovereenkomst bij de vzw Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung" vervangen door de woorden "arbeidsovereenkomst bij de vzw Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung of de vzw KiTaBe Marienkäfer", worden de woorden "personeelsleden van de vzw Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung" vervangen door de woorden

“personeelsleden van de vzw Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung en de vzw KitaBe Marienkäfer” en worden de woorden “bij die vzw” vervangen door de woorden “bij die vzw’s”.

Art. 14. In artikel 24.2 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 7 september 2023, worden de woorden “werknemer van de vzw Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung” vervangen door de woorden “werknemer van de vzw Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung of de vzw KiTaBe Marienkäfer”.

Art. 15. Het besluit van de Regering van 5 juni 2003 houdende bepaalde principes van de arbeidstijdsregeling voor de ambtenaren en de contractuelen van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap wordt opgeheven.

Art. 16. Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2024.

Art. 17. De minister bevoegd voor Personeel is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 14 december 2023

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

[2024/203549]

25 AVRIL 2024. — Décret modifiant le décret du 8 février 2018 relatif à la gestion et au paiement des prestations familiales (1)

Le Parlement wallon a adopté et Nous, Gouvernement wallon, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — Dispositions générales

Article 1^{er}. Le présent décret règle, en application de l'article 138 de la Constitution, une matière visée à l'article 128 de celle-ci.

CHAPITRE 2. — Modifications du décret du 8 février 2018 relatif à la gestion et au paiement des prestations familiales

Art. 2. A l'article 4 du décret du 8 février 2018 relatif à la gestion et au paiement des prestations familiales, remplacé par le décret du 21 décembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1^o au paragraphe 1^{er}, les modifications suivantes sont apportées :

a) l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

“ Ne remplit pas les conditions prévues à l'alinéa 1^{er}, la personne issue d'un pays tiers ou d'un pays de l'Espace économique européen ou de la Suisse et qui est autorisée à séjourner en Belgique pour y poursuivre ses études, y suivre une formation professionnelle, y effectuer du bénévolat ou y travailler comme jeune au pair. ”;

b) le paragraphe est complété par un alinéa rédigé comme suit :

“ L'enfant qui ne dispose pas de la nationalité belge est bénéficiaire des prestations familiales à la date de la décision de reconnaissance du statut de réfugié ou à la date de l'attribution du statut de protection subsidiaire. ”;

2^o au paragraphe 2, alinéa 4, les modifications suivantes sont apportées :

a) les mots “ et, le cas échéant, par dérogation à l'article 4, § 1^{er}, alinéa 5, ” sont insérés entre les mots “ Dans les cas non visés aux alinéas 1^{er} et 2, ” et les mots “ le mineur non accompagné ”;

b) l'alinéa est complété par la phrase suivante :

“ Par mineur non accompagné, l'on vise tout mineur étranger domicilié en Région wallonne qui, conformément aux articles 5 et 5/1 de la loi-programme (I) du 24 décembre 2002, est non accompagné sur le territoire belge par une personne exerçant l'autorité ou la tutelle, identifié comme un MENA par le Service des tutelles du SPF Justice qui lui attribue un tuteur en vue d'assurer sa représentation légale et qui, conformément aux dispositions de la loi du 15 décembre 1980 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers, a introduit une demande de séjour en Belgique. ”.

Art. 3. Dans l'article 9 du même décret, le paragraphe 2 est abrogé.

Art. 4. Dans l'article 10 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 11 février 2021, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 4 et 5 : “ Lorsqu'il n'y a pas d'allocataire visé aux alinéas 2 et 3 qui remplit les conditions prévues à l'article 21, alinéa 1^{er}, la caisse d'allocations familiales verse l'allocation forfaitaire visée à l'alinéa 1^{er} sur un compte d'épargne au nom de l'enfant. ”.

Art. 5. Dans le Titre III du même décret, l'intitulé du chapitre III est remplacé par ce qui suit :

“ Les suppléments et les allocations spéciales ”.

Art. 6. L'article 15 du même décret est remplacé par ce qui suit : “ Art. 15. § 1^{er}. Une allocation spéciale égale au montant de 350 euros, diminué du montant de l'allocation mensuelle de base visée à l'article 9, § 1^{er}, est octroyée mensuellement à l'allocataire désigné conformément à l'article 22, en faveur de l'enfant bénéficiaire orphelin de ses deux parents, ou orphelin du seul parent à l'égard duquel sa filiation est établie.

§ 2. Une allocation spéciale qui équivaut à cinquante pour cent des montants de l'allocation mensuelle de base visée à l'article 9, § 1^{er}, est octroyée mensuellement à l'allocataire désigné conformément à l'article 22, en faveur de l'enfant bénéficiaire orphelin de l'un de ses deux parents ou dont la filiation est établie uniquement à l'égard d'un seul de ceux-ci.

§ 3. Pour l'application du présent article, est assimilée au décès la déclaration d'absence qui est conforme aux dispositions du Code civil.